



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Dr. Martin Runge, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Substanzielle Finanztransaktionssteuer jetzt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene für die Einführung einer umfassenden EU-weiten Finanztransaktionssteuer einzusetzen, die sowohl den Handel mit Aktien als auch den Handel mit Derivaten vorsieht.

Begründung:

Im Jahr 2011 legte die EU-Kommission einen Entwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU vor. Ziel war die Beteiligung der Finanzindustrie an den Kosten der Finanzkrise und eine Haftbarmachung für zukünftige Schäden.

Im Jahr 2015 hatten sich elf EU-Finanzminister auf eine Finanztransaktionssteuer geeinigt, die eine breite Bemessungsgrundlage mit Aktien und Derivaten vorsah. Eingeführt ist sie bis heute nicht.

Im Koalitionsvertrag des Jahres 2018 von CDU/CSU und SPD steht, dass sich die Koalition im Bund für eine substanzielle Finanztransaktionssteuer einsetzen will. Das war ein positives Signal. Der aktuelle Vorschlag des Bundesministers der Finanzen sieht allerdings nur eine Besteuerung des Handels von Aktien und teilweise von Anleihen, nicht aber von Derivaten, vor.

Damit ließe sich aber kein substanzieller Beitrag zur Senkung rein spekulativer Finanzgeschäfte noch zur Stabilisierung der Finanzmärkte leisten. Auch die zu erwartenden Einnahmen wären deutlich niedriger.

Denn nicht Aktien, sondern Derivate machen den Großteil kurzfristiger Börsengeschäfte aus. Gefährliche Spekulationsgeschäfte werden vor allem durch Derivate getätigt. Ohne die Besteuerung von Derivaten würde der Schaden von spekulativen Übertreibungen an den Finanzmärkten weiterhin auf die Gesellschaft abgewälzt. Mit 5 bis 7 Mrd. Euro würden die kurzfristig spekulierenden Teile der Finanzmärkte weiterhin Gewinne machen, ohne für ihre Schäden haften zu müssen.